

KARIN LINHART

Internationales
Einheitsrecht
und einheitliche
Auslegung

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

147

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

147

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Karin Linhart

Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung

Mohr Siebeck

Karin Linhart, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg; 1997 Referendariat in Würzburg; 2000 Promotion; Wissenschaftliche Assistentin an der Universität Würzburg; 2003/04 Master of Laws-Studium an der Duke University, USA.

978-3-16-158476-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148681-1

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Onkel Herbert †

gewidmet

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2003 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden weitgehend bis einschließlich Januar 2005 eingearbeitet.

Während des Promotionsverfahrens ist mir die Unterstützung und Förderung zahlreicher Menschen zuteil geworden. Alle, die hier nicht namentlich erwähnt werden können, bitte ich um Nachsicht und danke ihnen herzlich.

Danken möchte ich meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Karl Kreuzer für die Anregung zu dieser Arbeit und die erfahrungsreiche Zusammenarbeit in meiner Zeit als Assistentin an seinem Würzburger Institut für Rechtsvergleichung. Dank gilt auch Frau Professor Dr. Eva-Maria Kieninger für die Erstellung des Zweitgutachtens und die außergewöhnlich angenehme Zusammenarbeit an ihrem Lehrstuhl als Nachfolgerin von Herrn Prof. Kreuzer.

Herrn Prof. Dr. Oliver Remien danke ich sehr für die wertvollen Diskussionen zum Thema meiner Arbeit und für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Dank sage ich auch für die Unterstützung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht, allen voran Herrn Hans van Loon und Madame Prof. Catherine Kessedjian, mittlerweile Professorin an der Universität Paris II (Panthéon), deren persönliches und fachliches Interesse mich bis heute in so wertvoller Weise unterstützt.

Danken möchte ich nicht zuletzt auch meiner Familie und meinen Freunden für die unermüdliche Unterstützung, die wesentlich zum Erfolg der Arbeit beigetragen hat. Großer Dank gebührt meiner Freundin Manuela Beckert für die aufwendige und so sorgfältig und gewissenhaft von ihr durchgeführte Gesamtdurchsicht des Manuskripts und ihre kritischen und wertvollen Anmerkungen. Neben meinen Eltern und meiner Schwester danke ich insbesondere Frau Bader, Olaf Beller, Andrea Blume, Sibylle Brückner, Katrin Fischer, Maria Grabenbauer, Jenny Grimm, Claudia Groh, Elisabeth Schütze und Fee Ungar für das Korrekturlesen des Manuskripts bzw. ihre Unterstützung während der Erstellung der Arbeit.

Würzburg, im Februar 2005

Karin M. Linhart

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Einleitung	1
Erstes Kapitel: Grundlagen des Internationalen Einheitsrechts.....	9
§ 1 Anfänge der internationalen Rechtsharmonisierung	9
§ 2 Wege der internationalen Rechtsharmonisierung	15
§ 3 Instrumente der organisierten Rechtsharmonisierung	19
Zweites Kapitel: Grundlagen der Auslegung	31
§ 4 Auslegungskompetenz	31
§ 5 Auslegungsmethoden.....	33
Drittes Kapitel: Gegenwärtiger Stand der einheitlichen Auslegung...	44
§ 6 Regionales Internationales Einheitsrecht	44
§ 7 Globales Internationales Einheitsrecht.....	144
Viertes Kapitel: Wege zur Einheitlichkeit	197
§ 8 Internationale Ebene	197
§ 9 Nationale Ebene: Gesetzgebung	244
§ 10 Nationale Ebene: Gerichtsbarkeit	261
Zusammenfassung und Hauptthesen	275
Literaturverzeichnis	280
Text- und Entscheidungssammlungen.....	316
Register.....	317

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Einleitung	1
A. Darstellung des Problems einer uneinheitlichen Auslegung.....	1
B. Begriffe und Abgrenzungen.....	3
I. „Internationales Einheitsrecht“	3
II. „Einheitliche Auslegung“	5
C. Aufbau und Ziel der Untersuchung	6
Erstes Kapitel: Grundlagen des Internationalen Einheitsrechts.....	9
§ 1 Anfänge der internationalen Rechtsharmonisierung	9
A. Harmonisierung ganzer Rechtsgebiete	9
I. Einheitliches Handelsrecht.....	9
II. Einheitliches Internationales Privatrecht	10
III. Weltprivatrecht	13
B. Harmonisierung von Teilrechtsgebieten.....	13
§ 2 Wege der internationalen Rechtsharmonisierung	15
A. Organisierte Rechtsharmonisierung	15
I. Formelle organisierte Rechtsharmonisierung	15
II. Informelle organisierte Rechtsharmonisierung	15
B. Spontane Rechtsharmonisierung	16
C. Indirekte Rechtsharmonisierung	17
I. Zuhilfenahme einheitsrechtlicher Vorlagen	17
II. Rechtsvergleichende Vorarbeiten für nationale Gesetze	17
III. Folgen geschichtlicher Ereignisse	18
§ 3 Instrumente der organisierten Rechtsharmonisierung	19
A. Supranationale Rechtsakte.....	19
B. Staatsverträge	20
I. Arten	20
II. Zustandekommen und völkerrechtliches Wirksamwerden	20

III. Bindung der Staaten an Staatsverträge	21
1. Self-executing conventions	21
2. Non-self-executing conventions	22
C. Modellgesetze	22
D. Parallelgesetzgebung	23
E. Regeln	23
F. Restatements und principles	24
G. Bewertung	24
I. Grad der Harmonisierung	24
II. Verpflichtung zur einheitlichen Auslegung	26
III. Erkennbarkeit des internationalen Ursprungs	28
VI. Möglichkeit zur Anpassung an veränderte Umstände	28
Zweites Kapitel: Grundlagen der Auslegung	31
§ 4 Auslegungskompetenz	31
A. Auslegung durch Staaten	31
B. Auslegung durch Organe supranationaler Organisationen	32
C. Auslegung durch internationale Gerichte	32
§ 5 Auslegungsmethoden	33
A. Grammatische Auslegung	34
B. Genetische Auslegung	35
C. Systematische Auslegung	36
D. Teleologische Auslegung	36
E. Vertragsautonome Auslegung	37
F. Rechtsvergleichende Auslegung	38
G. Evolutive Auslegung	40
H. Konventionsübergreifende Auslegung	41
J. Spezifisch regionale Auslegungsmethoden	43

Drittes Kapitel: Gegenwärtiger Stand der einheitlichen Auslegung... 44

§ 6 Regionales Internationales Einheitsrecht 44

A. Die Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) ... 44

 I. Verordnungen und Richtlinien 45

 1. Auslegungskompetenz des EuGH 49

 a) Allgemeines Vorlageverfahren nach Art. 234 EGV 49

 b) Besonderheiten bei aufgrund Artt. 61 ff. EGV erlassener Rechtsakte 50

 2. Text und Definitionen 51

 3. Auslegungsklauseln und Art. 10 EGV 51

 4. Travaux préparatoires 53

 5. Erläuternde Berichte 53

 6. Sammlung der Entscheidungen des EuGH 54

 7. Revision und sonstige Änderungen 54

 8. Zusammenfassung 54

 II. Multilaterale Übereinkommen 55

 1. Das Brüsseler Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (GVÜ) 56

 a) Auslegungsbefugnis des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften 57

 aa) Rolle des EuGH 58

 bb) Das Verfahren nach Art. 3 Luxemburger Protokoll 58

 (1) Vorlagegegenstand 59

 (2) Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht 59

 (3) Das Verfahren 63

 (4) Bindungswirkung der Entscheidungen 65

 cc) Das Verfahren nach Art. 4 Luxemburger Protokoll 66

 (1) Voraussetzungen 67

 (2) Bindungswirkung der Stellungnahme 67

 b) Text, Definitionen und Auslegungsklausel 68

 c) Travaux préparatoires 68

 d) Erläuternde Berichte 69

 e) Informationsaustausch und Entscheidungssammlung 69

 f) Beitrittsübereinkommen und Revision 69

 g) Zusammenfassung 71

 2. Das Römische Schuldvertragsrechtsübereinkommen (EVÜ) 72

 a) Auslegungsbefugnis des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften 73

 aa) Vorabentscheidungsverfahren 75

 bb) Abstrakte Vorlage 76

 b) Text, Definitionen 76

 c) Auslegungsklausel und Nähe zum Gemeinschaftsrecht 77

 d) Travaux préparatoires 79

 e) Erläuternde Berichte 80

 f) Entscheidungssammlung und Informationsaustausch 80

 g) Beitrittsübereinkommen und Revision 81

 h) Ausblick 81

 i) Zusammenfassung 82

B. Das Luganer Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen	83
I. Keine Übertragung der Auslegungsbefugnis	84
1. Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften	84
2. Gerichtshof der Europäischen Freihandelszone	86
3. Internationaler Gerichtshof oder ein neu zu schaffendes Gericht	87
II. Text, Definitionen	88
III. Auslegungsklausel	88
IV. LugÜ-Protokoll Nr. 2 und Erklärungen	88
1. Das LugÜ-Protokoll Nr. 2	88
2. Erklärungen der EG- und der EFTA-Staaten	89
3. Bei der Auslegung zu beachtende Entscheidungen	89
a) Rechtsprechung des EuGH zum GVÜ vor Inkrafttreten des LugÜ	89
b) Rechtsprechung zum LugÜ und zum GVÜ nach Inkrafttreten des LugÜ	91
aa) EFTA-Erklärung	91
bb) Keine Erklärung der EG-Staaten zur Auslegung des LugÜ	94
cc) Art. 1 LugÜ-Protokoll Nr. 2	94
V. Travaux préparatoires	95
VI. Erläuternde Berichte	95
VII. Entscheidungssammlungen und Informationssaustausch	95
1. System für den Austausch von Entscheidungen	95
a) In den Austausch einbezogene Entscheidungen	95
b) Übermittlung	96
2. Entscheidungssammlungen	96
3. Berichte zur Anwendung und Auslegung	97
VIII. Meinungsaustausch über die Wirkungsweise des LugÜ	97
IX. Revision	98
X. Zusammenfassung	98
C. Die Zusammenarbeit innerhalb des Europarats	99
I. Keine Übertragung der Auslegungsbefugnis	100
II. Text und Definitionen	100
III. Drafting-Richtlinien und einheitlicher Begriffsapparat	102
IV. Auslegungsklauseln	103
V. Travaux préparatoires	103
VI. Erläuternde Berichte	104
VII. Entscheidungssammlung	104
VIII. Überprüfung der Anwendung der Übereinkommen	105
IX. Revisionen	106
X. Zusammenfassung	106
D. Die Zusammenarbeit der Benelux-Staaten	106
I. Auslegungsbefugnis des Gemeinsamen Gerichtshofs	108
1. Verfahren nach Art. 6 BeneluxGH-Vertrag	109
2. Gutachten nach Art. 10 BeneluxGH-Vertrag	110
II. Informationssammlungen	110

E. Die Zusammenarbeit der nordischen Staaten.....	111
I. Beteiligte Institutionen	112
1. Die Nordischen Juristentage	112
2. Der Nordische Rat	112
3. Der Nordische Ministerrat	113
II. Instrumente der Rechtsharmonisierung.....	114
1. Parallelgesetzgebung der nordischen Staaten	114
2. Staatsverträge zwischen den nordischen Staaten	115
III. Einheitliche Auslegung	116
1. Keine Übertragung dert Auslegungsbefugnis	116
2. Text	116
3. Travaux préparatoires	117
4. Erläuternde Berichte	117
5. Entscheidungssammlung, Schrifttum und Berichte	117
6. Revisionen	118
IV. Zusammenfassung.....	118
F. Die Zusammenarbeit der latein-amerikanischen Staaten	119
I. Historische Entwicklung in Süd- und Mittelamerika	119
1. Verträge von Montevideo	119
2. Código Bustamante.....	119
3. Revision der Verträge von Montevideo.....	120
4. Interamerikanische Spezialkonferenzen	121
II. Einheitliche Auslegung der CIDIP-Übereinkommen	122
1. Keine Übertragung der Auslegungsbefugnis	122
2. Das Inter-American Juridical Committee	122
3. Text	122
4. Auslegungsklauseln	123
5. Auslegende Erklärungen	124
6. Travaux préparatoires	124
7. Überprüfung der praktischen Anwendung der Übereinkommen	124
8. Revisionen und sonstige Textänderungen	124
9. Zusammenfassung.....	125
G. Rechtsharmonisierung innerhalb der USA.....	125
I. Uniform laws	126
1. National Conference of Commissioners on Uniform State Laws	127
2. Einheitliche Auslegung der uniform laws	127
a) Auslegung durch die Gerichte der Einzelstaaten	127
b) Texte	128
c) Travaux préparatoires	129
d) Auslegungsklauseln.....	129
e) Entscheidungssammlung und Berichte zur Auslegung	130
f) Revision	131
II. Model laws	131
III. Restatements	132
1. Entstehen der restatements.....	132
2. Vereinheitlichende Wirkung der restatements	133
3. Einheitliche Auslegung der restatements.....	133
IV. Zusammenfassung.....	133

H. Die Organisation für die Harmonisierung des Wirtschaftsrechts in Afrika (OHADA)	134
I. Acte uniforme	135
II. Einheitliche Auslegung	137
1. Der Gemeinsame OHADA-Gerichts- und Schiedsgerichtshof	137
2. Text	138
3. Erläuternde Berichte	138
4. Entscheidungssammlung	138
5. Schrifttum	139
6. Änderungen	139
7. Die Regionale Richterhochschule	139
III. Zusammenfassung	140
J. Der Gemeinsame Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) ..	140
I. Organe des COMESA	141
II. Harmonisierungsinstrumente	141
III. Einheitliche Auslegung	142
1. COMESA-Gerichtshof	142
a) Vorabentscheidungsverfahren	142
b) Gutachten	142
2. Text, Definitionen und Erwägungsgründe	142
3. Weitere Auslegungshilfen	143
IV. Zusammenfassung	143
§ 7 Globales Internationales Einheitsrecht	144
A. Das Genfer Einheitliche Wechsel- und Scheckrecht	144
I. Keine Übertragung der Auslegungsbefugnis	146
II. Text und Auslegungsklausel	146
III. Informationsaustausch und Entscheidungssammlungen	146
IV. Revision	147
V. Zusammenfassung	148
B. Die Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht ..	148
I. Auslegungsbefugnis des Internationalen Gerichtshofs	150
1. Das Protokoll von 1931	150
2. Sondereinbarung zwischen Haager Vertragsstaaten	155
a) Zwischen den Niederlanden und Schweden	155
b) Zwischen Frankreich und Dänemark	156
II. Texte und Definitionen	156
III. Auslegungsklauseln	157
1. Art. 6 Abs. 1 Satz 2 Haager trust-Übereinkommen	157
2. Art. 16 Haager Kaufrechtsübereinkommen von 1986	158
3. Art. 38 Entwurf zum Haager Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen	158
4. Art. 13 Haager Wertpapierübereinkommen von 2002	159
IV. Travaux préparatoires, erläuternde Berichte und Handbücher	159
1. Actes et Documents	159
2. Erläuternde Berichte	159
3. Handbücher	160

V. Entscheidungssammlungen.....	160
1. Online-Rechtsprechungssammlung INCADAT.....	161
2. Rechtsprechungssammlung in Papierform.....	162
VI. Schrifttum.....	163
VII. Informationsaustausch.....	164
1. Spezialkommissionen zur praktischen Durchführung.....	164
2. Verpflichtung der Staaten zur Informationsübermittlung.....	165
3. Internationale Richterseminare.....	166
VIII. Gutachterliche Äußerungen des Ständigen Büros.....	166
IX. Revision.....	168
X. Schaffung eines Expertenkomitees.....	170
XI. Zusammenfassung.....	170
C. Die Zusammenarbeit im Rahmen von UNIDROIT.....	171
I. Harmonisierungsinstrumente.....	172
1. Staatsverträge.....	172
2. Grundregeln (principles).....	172
II. Einheitliche Auslegung.....	173
1. Übertragung der Auslegungsbefugnis.....	173
2. Texte und Definitionen.....	174
3. Auslegungsklauseln.....	174
4. Travaux préparatoires und erläuternde Berichte.....	177
5. Entscheidungssammlung und Schrifttum.....	177
a) UNILEX.....	177
b) Weitere Sammlungen.....	178
6. Revision.....	178
7. Zusammenfassung.....	178
D. Die Zusammenarbeit im Rahmen von UNCITRAL.....	179
I. Harmonisierungsinstrumente.....	179
1. Übereinkommen.....	179
2. Modellgesetze.....	180
3. Regeln.....	180
II. Einheitliche Auslegung.....	180
1. Übertragung der Auslegungsbefugnis.....	180
2. Texte und Definitionen.....	181
3. Auslegungsklauseln.....	181
4. Travaux préparatoires und erläuternde Berichte.....	183
5. Entscheidungssammlungen.....	183
a) CLOUT.....	183
b) Entscheidungssammlungen von privater Seite.....	184
6. Schrifttum.....	184
7. Revision.....	185
8. Zusammenfassung.....	185
E. Der Streitbeilegungsmechanismus der WTO.....	185
I. Am Verfahren beteiligte Organe.....	187
1. Dispute Settlement Body.....	187
2. Standing Appellate Body.....	187
3. Sekretariat der WTO.....	188

II. Gang des Streitbelegungsverfahrens	188
1. Vorverfahren	188
2. Panelverfahren	189
a) Panel	189
b) Verfahren	190
c) Entscheidung	191
3. Berufungsverfahren	191
4. Verfahren zur Durchsetzung der Entscheidung (Artt. 21, 22 DSU)	192
III. Zusammenfassung	193
F. Das Recht der katholischen Kirche	193
I. Die Rota Romana	193
II. Die Päpstliche Kommission zur authentischen Interpretation	194
III. Sammlung der Entscheidungen der Rota Romana	195
IV. Juristenausbildung durch die Rota Romana	195
V. Zusammenfassung	195
 Viertes Kapitel: Wege zur Einheitlichkeit	 197
§ 8 Internationale Ebene	197
A. Wahl des Regelungsinstruments	197
B. Bedeutung des Regelungstexts für die einheitliche Auslegung	198
1. Vorüberlegungen	199
a) Historische Entwicklung der Sprache internationaler Rechtsakte	199
b) Verschiedene Arten von Textfassungen	200
aa) Authentische Texte	200
bb) Offizielle Übersetzungen	202
cc) Amtliche Übersetzungen	203
dd) Sonstige Übersetzungen	203
2. Bedeutung für die Einheitlichkeit der Auslegung	204
a) Abfassung des Regelungstexts	205
b) Zahl der authentischen Sprachen	206
c) Übertragung von Regelungstexten in weitere Sprachen	207
d) Führende Rolle der Muttersprachler	209
e) Definitionen	210
f) Auslegungsklauseln	211
g) Titel, Präambel, Erwägungsgründe und Annexe	212
h) Schaffung eines international einheitlichen Begriffsapparats	213
i) Konsolidierung einheitsrechtlicher Instrumente	215
j) Veröffentlichung der authentischen Texte	215
k) Ergebnis	216
C. Hilfsmittel für die einheitliche Auslegung	217
I. Vorarbeiten (travaux préparatoires)	217
II. Erläuternde Berichte	219
III. Entscheidungssammlungen	220
1. Einrichtung einer Zentralstelle zur Sammlung von Entscheidungen	220
2. Verpflichtung zur Übermittlung von Entscheidungen	221

3. Kriterien für den Nutzen der Entscheidungssammlung.....	221
IV. Berichte zur Anwendung und Auslegung	223
V. Bibliographien.....	224
VI. Errichtung eines zentralen internationalen Informationszentrums	224
D. Verfahren zur Sicherung der einheitlichen Auslegung.....	225
I. Übertragung der Auslegungskompetenz.....	225
1. Internationale Institution.....	225
a) Schaffung einer neuen Gerichtsbarkeit	226
b) Übertragung auf ein bereits bestehendes Gericht.....	227
aa) Für globales Einheitsrecht	227
bb) Für regionales Einheitsrecht	228
2. Übertragung der Auslegungskompetenz.....	229
3. Zuständigkeit	230
4. Besetzung	231
5. Verfahren.....	231
6. Antragsbefugnis.....	232
7. Zeitpunkt der Anrufung	234
8. Bindung der Entscheidung	235
9. Ergebnis.....	235
II. Konsultationsmodell.....	236
1. Expertengremium.....	236
2. Verfahren zur Erstellung von Gutachten	237
3. Ergebnis.....	238
III. Änderungen des ursprünglichen Texts.....	239
IV. Spezialkommissionen zur Überprüfung der Anwendung.....	242
V. Richterseminare	242
§ 9 Nationale Ebene: Gesetzgebung	244
A. Änderung des einheitlichen Texts bei der Umsetzung.....	244
I. Umsetzung von Modellgesetzen	244
II. Umsetzung von Staatsverträgen.....	244
1. Staaten ohne Umsetzungsverfahren (monistischer Ansatz)	245
2. Staaten mit Umsetzungsverfahren (dualistischer Ansatz).....	247
a) Umsetzung durch bloßes Zustimmungsgesetz.....	247
b) Transformation und Inkorporation.....	249
III. Supranationale Rechtsakte	253
B. Rangverhältnis von Einheitsrecht und nationalem Recht	253
I. Modellgesetze.....	253
II. Staatsverträge.....	254
1. Unbedingter Vorrang von Staatsverträgen.....	254
2. Rang zwischen Verfassungsrecht und einfachem Gesetz.....	255
3. Staatsvertragliche Regelungen gleichrangig mit einfachen Gesetzen	256
a) Staatsverträge mit Vorrang vor nachfolgendem Gesetzesrecht.....	256
b) Staatsverträge ohne Vorrang vor nachfolgendem Gesetzesrecht	257
III. Supranationale Rechtsakte	259
C. Sonstige Maßnahmen.....	260

§ 10 Nationale Ebene: Gerichtsbarkeit	261
A. Ausbildung	261
I. Ausrichtung der nationalen Ausbildung	261
II. International angegliche Ausbildung und studentischer Austausch	263
1. Einheitliche Ausbildung im Europa des Mittelalters	264
2. Einheitliche Ausbildung in den Vereinigten Staaten	265
3. International einheitliche Ausbildung heute	266
III. Einheit im Geiste	269
B. Unterstützung der nationalen Gerichte	269
I. Mangelnde Erfahrung mit internationalen Sachverhalten	269
II. Mangelnde personelle und materielle Unterstützung	271
III. Konsequenzen für die Einheitlichkeit der Auslegung	271
C. Spezialkammern für einheitsrechtliche Sachen	272
Zusammenfassung und Hauptthesen	275
Literaturverzeichnis	280
Text- und Entscheidungssammlungen	316
Register	317

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
AAS	Acta Apostolicae Sedis
ABA	American Bar Association
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Österreich
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Actes et doc.	Actes et documents (der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht)
a.E.	am Ende
AE/EY	Annuaire Européen/European Yearbook
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft
ALI	American Law Institute
All ER	The All England Law Reports
Am.J.Comp.L.	The American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
Arb. J.	The Arbitration Journal
Art.	Artikel
Artt.	mehrere Artikel
Aufl.	Auflage
AuslProtZustG	Gesetz zu dem Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof vom 7. August 1972
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen vom 30. Mai 1998
BAG	Bundesarbeitsgericht
Begr.	Begründer/Begründung
Benelux	Belgien, die Niederlande und Luxemburg
BeneluxGH	Gemeinsamer Gerichtshof der Benelux-Staaten
BeneluxGH-Vertrag	Vertrag betreffend die Einsetzung und das Statut eines Benelux-Gerichtshofs vom 31. März 1965

BerGesVölkR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BewVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen vom 28. Mai 2000
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BIVerglRW	Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre
Brit.Y.B.Int.L.	The British Year Book of International Law
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
bzw.	beziehungsweise
C	Mitteilungen und Bekanntmachungen (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften)
ca.	circa
Cah.dr.eur.	Cahiers de droit européen
Can.	Canon
CCJA	Cour Commune de Justice et d'Arbitrage (Gemeinsamer Gerichts- und Schiedsgerichtshof der Organisation für die Harmonisierung des Wirtschaftsrechts in Afrika)
CIC	Codex Iuris Canonici
CIDIP	Conferencias especializadas interamericanas sobre derecho internacional privado/Inter-American Special Conferences on Private International Law
CISG	Convention on the International Sale of Goods (Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980)
CJEL	Columbia Journal of European Law
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
CLOUT	Case Law on UNCITRAL Texts
CML Rev.	Common Market Law Review
Col.J.E.L	Columbia Journal of European Law
Col.L.Rev.	Columbia Law Review
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa (Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika)
Cont.Eur.Hist. ders.	Contemporary European History derselbe

d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Doc.	Document
DSB	Dispute Settlement Body (World Trade Organisation)
DSJur	Recueil Dalloz Sirey, Jurisprudence
DSU	Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes (World Trade Organisation)
EEC	European Economic Community (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EFTA-Erklärung	Erklärung der Vertreter der Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Luganer Übereinkommens, die Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation sind (zur Auslegung des LugÜ)
EFTA-GH	Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation
EFTA-ÜuGA	Abkommen der EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs vom 2. Mai 1992
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-Erklärung	Erklärung der Vertreter der Regierungen der Unterzeichnerstaaten des Luganer Übereinkommens, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften sind (zur Auslegung des LugÜ)
EGV	(Römischer) Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EheVO	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten vom 29. Mai 2000
Einl.	Einleitung
EJIL	European Journal of International Law
endg.	endgültig
ERA	Europäische Rechtsakademie
ERASMUS	European Action Scheme for the Mobility of University Students
ERPL	European Review of Private Law/Revue européenne de droit privé/Europäische Zeitschrift für Privatrecht

Erstes EVÜ-Protokoll	Erstes Protokoll betreffend die Auslegung des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Dezember 1988
etc.	et cetera
ETS	European Treaty Series (Europarat)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	siehe GVÜ
EuLF	The European Legal Forum
EuR	Europa-Recht
EuSorgeRÜ	Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses vom 20. Mai 1980
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980
EVÜ-ProtZustG	Gesetz zu den Protokollen vom 19. Dezember 1988 betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 19. Juni 1980 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften sowie zur Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung dieses Übereinkommens auf den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vom 16. November 1995
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-Abkommen	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende (Seite, Artikel oder §)
ff.	folgende (Seiten, Artikel oder §§)
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift

GATT 1947	General Agreement on Tariffs and Trade vom 30. Oktober 1947
GEDIP	Groupe européen de droit international privé
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
Grünhuts Zeitschrift	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart
GVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22. Dezember 2000
GVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
GYIL	German Yearbook of International Law
Haager Konferenz	Haager Konferenz für Internationales Privatrecht
HAadoptÜ 1993	Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption vom 29. Mai 1993
Halbs.	Halbsatz
Hamburger Regeln	Übereinkommen über die internationale Beförderung von Waren auf See vom 31. März 1978
Harv.Int.L.J.	Harvard International Law Journal
HBewÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland vom 18. März 1970
HErwsÜ	Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen vom 13. Januar 2000
HGVÜ-Entwurf	Entwurf zum Haager Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen i.d.F. vom Oktober 1999
HKaufRÜ 1986	Haager Übereinkommen betreffend das auf internationale Kaufverträge über bewegliche Sachen anzuwendende Recht vom 22. Dezember 1986
HKiEntfÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980
HKiUÜ	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht vom 24. Oktober 1956

Hrsg.	Herausgeber
HZugangsÜ	Haager Übereinkommen zur Erleichterung des internationalen Zugangs zu den Gerichten vom 25. Oktober 1980
HZustÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 15. November 1965
ibid.	ibidem
ICAO	International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrtorganisation)
I.C.J. Rep.	Sammlung der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs
I.C.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinn
i.e.S.	im engeren Sinn
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGH-Statut	Statut des Internationalen Gerichtshofs
ILA	International Law Association
ILM	International Legal Materials
INCADAT	International Child Abduction Database (Haager Konferenz)
Ind.J.Int.L.	Indian Journal of International Law
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinn des
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinn
JBl	(Österreichische) Juristische Blätter
JCP	Juris-Classeur Périodique (La Semaine juridique)
J.D.I.	Journal du Droit International (Clunet)
J.Int.L.Pol.	Journal of International Law and Politics
jur.	juristische
J.W.T.	Journal of World Trade
JZ	Juristenzeitung
KOM	Kommission (der EG)

KSÜ	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern vom 19. Oktober 1996
L	Rechtsvorschriften (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften)
L.Ed.	Lawyers' Edition
lit.	littera (Buchstabe)
LNTS	League of Nations Treaty Series
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988
LugÜ-Protokoll Nr. 2	Protokoll Nr. 2 über die einheitliche Auslegung des Übereinkommens vom 16. September 1988
Luxemburger Protokoll	Luxemburger Protokoll betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof vom 3. Juni 1971
m.E.	meines Erachtens
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
MPI	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MSA	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen vom 5. Oktober 1961 mit weiteren Nachweisen
m.w.Nachw.	
NAIC	National Association of Insurance Commissioners (USA)
NCCUSL	National Conference of Commissioners on Uniform State Laws (USA)
NILR	Netherlands International Law Review
NJB	Nederlands Juristenblad
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NYB.Int.L.	Netherlands Yearbook on International Law
o.ä.	oder ähnliches
OAS	Organization of American States (Organisation der Amerikanischen Staaten)

OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHADA	Organisation für die Harmonisierung des Wirtschaftsrechts in Afrika (Organisation de l'Harmonisation du Droit des Affaires en Afrique)
OHADA-Vertrag	Traité relatif à l'Harmonisation en Afrique du droit des Affaires (Vertrag betreffend die Harmonisierung des Wirtschaftsrechts in Afrika vom 17. Oktober 1993)
ÖJB1	Österreichische Juristische Blätter
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
ÖRiZ	Österreichische Richterzeitung
OTIF	Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (Organisation Intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires)
Päpstliche Kommission	Päpstliche Kommission zur authentischen Interpretation des Codex des kanonischen Rechts
PEB	Permanent Editorial Board
Protokoll 1931	Protocole pour reconnaître à la Cour Permanente de Justice Internationale la compétence d'inter-préter les Conventions de La Haye de droit international privé (Haager Spezialübereinkunft zur Interpretation der Konventionen)
PTA	Präferenzielle Freihandelszone (der ost- und südafrikanischen Staaten)
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rec. des cours	Recueil des Cours de l'Académie de La Haye de droit international
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
Rev.aff.eu.	Revue des affaires européennes
Rev.belge dr.int.	Revue belge de droit international
Rev.crit.dr.i.p.	Revue critique de droit international privé
Rev.dr.int.lég.comp.	Revue de droit international et de législation comparée
Rev.int.dr.comp.	Revue internationale de droit comparé
RGBL.	Reichsgesetzblatt
Riv.dir.int.	Rivista di diritto internazionale
Riv.dir.int.priv.proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RM Themis	Rechtsgeleerd Magazijn Themis
Rs.	Rechtssache
R. W.	Rechtskundig Weekblad
Rz.	Randziffer

SAB	Standing Appellate Body (World Trade Organisation)
SchwJbIntR	Schweizer Jahrbuch für Internationales Recht
S.Ct.	Supreme Court (USA)
Sec.	Section
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung
sog.	so genannte/r/s
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof (des Völkerbunds)
u.a.	und andere, unter anderem
UCC	Uniform Commercial Code (USA)
UCCJEA	Uniform Child-Custody Jurisdiction and Enforcement Act von 1997 (USA)
U.L.A.	Uniform Law Annotated
ULR	Uniform Law Review/Revue de droit uniforme
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law (Kommission für Internationales Handelsrecht)
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé (Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts)
UNKR	siehe CISG
UNO	United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
UNTS	United Nations Treaty Series
US	United States
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
u.U.	unter Umständen
v.	versus
VerfOEuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Juni 1991
vgl.	vergleiche
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPNR	Weekblad voor privaatrecht, notariaat en registratie
WTO	World Trade Organization
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

XXX

Abkürzungsverzeichnis

ZAusIntPrR.	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (jetzt <i>RabelsZ</i>)
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZFSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZÖffR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZustVO	Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten vom 29. Mai 2000
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
Zweites EVÜ-Protokoll	Zweites Protokoll zur Übertragung bestimmter Zuständigkeiten für die Auslegung des am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht auf den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Dezember 1988
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Einleitung

A. Darstellung des Problems einer uneinheitlichen Auslegung

Grenzüberschreitender Handel, zunehmende Mobilität der Bevölkerung und die steigende Anzahl gemischt-nationaler Ehen sind nur einige Beispiele dafür, dass Rechtsverhältnisse nicht mehr vorwiegend auf das Gebiet eines Staates begrenzt sind. Die Globalisierung macht auch vor dem Recht nicht halt.¹ Unterschiede in den nationalen Rechtsordnungen stellen ein bedeutendes Handelshemmnis dar, führen zu erhöhten Transaktionskosten, zu Rechtsunsicherheit für grenzüberschreitende wirtschaftliche Unternehmungen und zu Chancenungleichheit bei internationalen Verhandlungen.² Für gemischt-nationale Familien und Familien, die sich außerhalb ihrer Heimat aufhalten, stellt sich durch die Unterschiede zwischen den Rechtsordnungen ein Vielfaches an Problemen.

Seit über 150 Jahren bemühen sich daher supranationale und internationale Organisationen, Staaten und private Expertengruppen um die Harmonisierung von Regelungen auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts. Im Laufe der Zeit wurde von vielen Stellen auf verschiedenen Rechtsgebieten eine fast unüberschaubare Anzahl von internationalen Regelungen geschaffen. Zu nennen sind vor allem die erfolgreichen Konventionen auf dem Gebiet des Wechsel- und Scheckrechts, des Transportrechts, des Immaterialgüterrechts, des Internationalen Familienrechts oder des Internationalen Zivilprozessrechts.

Auf den ersten Blick betrachtet, konnte damit in einzelnen Bereichen ein beeindruckendes Maß an Vereinheitlichung oder zumindest

¹ Zur Globalisierung und deren Auswirkungen auf das Internationale Privatrecht siehe *Basedow*, Das Internationale Privatrecht in den Zeiten der Globalisierung, in: FS Stoll (2001), 405 ff.; *ders.*, The Effects of Globalization on Private International Law, in: *Basedow/Kono* (2000), 1 ff. Zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die juristische Praxis siehe *Böhlhoff*, International Practice of Law – Globalisation – Regionalisation – Too Big – Too Small – Ethics, in: FS Schütze (1999), 153 ff.

² Siehe dazu eingehend *Kronke*, Der „Commercial Approach“ in der Rechtsangleichung und das Internationale Privat- und Verfahrensrecht, in: FS Henrich (2000), 385 ff.

Angleichung international-privatrechtlicher Regelungen erreicht werden. Doch wie Zitelmann bereits 1916 feststellte: „(...) mit der Gleichheit des Gesetzeswortlauts ist noch nicht gewährleistet, daß das lebendige Recht in dem einen Staat dasselbe ist wie in dem anderen; (...)“.³ Wegen ihrer generell-abstrakten Formulierung bedarf eine Regelung – sei sie nationalen oder internationalen Ursprungs – der Ausfüllung, der Konkretisierung durch den Richter. Sie wird auf einen konkreten Sachverhalt angewandt, ihre Begriffe werden ausgelegt. Hierbei kommen meist verschiedene Auslegungsvarianten in Betracht. Wirkliche Harmonisierung des Rechts ist also erst dann erreicht, wenn das Internationale Einheitsrecht von den nationalen Gerichten und Behörden auch einheitlich ausgelegt wird.

Ist eine einheitliche Rechtsprechung innerhalb eines nationalen Rechtssystems schon schwer zu erreichen, so steht die Staatengemeinschaft bei der einheitlichen Auslegung von Regelungen internationalen Ursprungs vor einer ungleich schwierigeren Aufgabe. Internationales Einheitsrecht wird von Richtern ausgelegt, deren Rechtssysteme sich in systematischer, geschichtlicher, kultureller, wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht teilweise grundlegend unterscheiden. Jeder Richter wird zunächst dazu neigen, einen Begriff nach den ihm bekannten Grundsätzen und vor dem Hintergrund seines Rechtssystems auszulegen (sog. „Heimwärtsstreben“). So kann es leicht passieren, dass ein und derselbe Begriff einer Konvention in mehreren Staaten auf verschiedene Arten ausgelegt wird und damit gleich gelagerte Fälle unterschiedlich entschieden werden. Dies läuft dem Ziel eines internationalen Entscheidungseinklangs zuwider. Die Folge ist eine Re-Nationalisierung des international harmonisierten Rechts, die Kohler als die „Lebenslüge der Rechtsvereinheitlichung“ im 20. Jahrhundert bezeichnet.⁴ Die durch die gemeinsamen Regelungen bezweckte und auf dem Papier bereits erreichte internationale Rechtsharmonisierung zersplittert bei der Anwendung durch die nationalen Behörden und Gerichte.

Die uneinheitliche Auslegung international harmonisierter Regelungen stellt somit eine große Gefahr für die durch die Harmonisierungsbemühungen angestrebte Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit dar. Daher ist der einheitlichen Anwendung und Auslegung harmonisierten Rechts mindestens ebenso viel Beachtung und Einsatz entgegen zu

³ Zitelmann, Möglichkeit eines Weltrechts (1916), 46 (im Nachwort, zu seinem bereits 1888 gehaltenen Vortrag).

⁴ Kohler, Integration und Auslegung – Zur Doppelfunktion des Europäischen Gerichtshofes, in: Jayme (1992), 11 (12).

bringen wie der vorangegangenen Ausarbeitung. Erst wenn die einheitliche Auslegung in befriedigendem Maße gesichert ist, befindet man sich auf sicherem Boden, ist das erstrebte Ziel der Rechtsharmonisierung wirklich erreicht.

B. Begriffe und Abgrenzungen

I. „Internationales Einheitsrecht“

Die Terminologie auf dem Gebiet der Internationalen Rechtsharmonisierung ist äußerst uneinheitlich. Dementsprechend variiert, was unter Internationalem Einheitsrecht⁵ verstanden wird. Matteucci definierte im Jahr 1957 Einheitsrecht als „die Gesamtheit der gesetzlichen Regelungen, die von den Staaten mit der gemeinsamen Intention angenommen wurden, bestimmte Rechtsbeziehungen derselben Regelung zu unterstellen“.⁶ Philipps vertieft 1965 diesen Ansatz Matteuccis, indem er eine Grenzziehung zwischen Einheitsrecht und „Nicht-Einheitsrecht“ zu ziehen versucht:⁷ Er setzt am Ergebnis an, nämlich den mehr oder minder übereinstimmenden Regelungen mehrerer Staaten und fragt danach, ob die Methode, durch die die Übereinstimmung erreicht wurde, geeignet ist, eine internationale Rechtsvereinheitlichung herbeizuführen.⁸ Im Ergebnis ist nach Auffassung Philipps Einheitsrecht „der Inbegriff derjenigen Rechtssätze, die auf Grund eines zwischenstaatlichen Übereinkommens in verschiedenen Staaten gleich oder auch nur in ihren Mindestanforderungen gleich sind, wenn diese den Schutz des Berechtigten bezwecken und wenn den Staaten eine Änderung zu dessen Gunsten gestattet ist“.⁹ Die Produkte spontaner¹⁰ und indirekter¹¹ Rechtsharmonisierung sowie die Ergebnisse informeller

⁵ Englisch „uniform law“, französisch „droit uniforme“, italienisch „diritto uniforme“, niederländisch „uniform recht“.

⁶ „[...] l'ensemble des dispositions législatives adoptées par des Etats avec la volonté commune de soumettre à la même réglementation certains rapports juridiques.“ (*Matteucci*, Introduction à l'étude systématique du droit uniforme, Rec. des cours 1957-I, 387 [391]).

⁷ *Philipps*, Erscheinungsformen und Methoden der Privatrechtsvereinheitlichung (1965), 29.

⁸ *Philipps*, Erscheinungsformen und Methoden der Privatrechtsvereinheitlichung (1965), 30.

⁹ *Philipps*, Erscheinungsformen und Methoden der Privatrechtsvereinheitlichung (1965), 36.

¹⁰ Hierzu *infra* § 2 B.

¹¹ Hierzu *infra* § 2 C.

organisierter Rechtegleichung¹² und Modellgesetze¹³ können nach diesem Ansatz nicht unter den Begriff des Internationalen Einheitsrechts subsumiert werden.

David hingegen untersuchte 1971 in seinem umfassenden Werk zur Internationalen Rechtsvereinheitlichung all die Prozesse, die darauf ausgerichtet sind, gleiches oder angeglichenes Recht zu schaffen.¹⁴ Eine Beschränkung auf staatlich geschaffenes Recht nimmt es nicht vor. Auch Kropholler läßt nicht-staatliche Bemühungen nicht außen vor und versteht 1975 unter Internationalem Einheitsrecht i.w.S. „die Gesamtheit derjenigen privatrechtlichen Rechtsätze (...), die in wenigstens zwei Staaten gleichlautend gelten und ihrem Sinn und Zweck nach auch so gelten sollen.“¹⁵ Einheitsrecht i.e.S. ist nur wörtlich gleich lautendes Recht und unterscheidet sich vom bloßen Einheitsrahmenrecht, das aber auch als Einheitsrecht i.w.S. betrachtet werden könne, sofern es im Einzelfall nicht auf den graduellen Unterschied in der Übereinstimmung ankomme.¹⁶

Im Folgenden wird wegen des weiten Ansatzes der Terminologie Krophollers gefolgt, um nicht ex definitionem bestimmte Formen angeglichenen oder vereinheitlichten Rechts von der Betrachtung auszunehmen. Um „Einheitsrecht i.e.S.“ handelt es sich, wenn das Ergebnis der Bemühungen inhaltlich völlig gleiche Regelungen sind. Bei dem Vorgang, der zu diesem Ergebnis führt, handelt es sich um „Internationale Rechtsvereinheitlichung“. Ist das Resultat lediglich eine Annäherung des Rechts, so steht hierfür der Begriff des „Einheitsrahmenrechts“. Hiermit korrespondiert für den Vorgang der Begriff „Internationale Rechtsangleichung“. Als Oberbegriff für beide Vorgänge steht die „Internationale Rechtsharmonisierung“, deren Endprodukt das „Internationale Einheitsrecht i.w.S.“ darstellt.

In sachlicher Hinsicht ist Hauptgegenstand der Untersuchung das zivil- und handelsrechtliche international einheitliche Sachrecht sowie das Internationale Einheitsrecht auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts i.w.S., d.h. dem Internationalen Zivilverfahrensrecht und dem Kollisionsrecht. Innerhalb des Sachrechts sind sowohl gesamtvereinheitlichende Rechtsakte (d.h. für transnationale Sachverhalte sowie reine Binnensachverhalte) als auch Rechtsakte umfasst, die nur transnationale Sachverhalte regeln. Die nationale Rechtsharmonisierung dient an geeigneter Stelle als Vergleichsobjekt.

¹² Hierzu *infra* § 2 A II.

¹³ Hierzu *infra* § 3 C.

¹⁴ David, *The International Unification of Private Law* (1971), 5-11.

¹⁵ Kropholler, *Internationales Einheitsrecht* (1975), 1.

¹⁶ Kropholler, *Internationales Einheitsrecht* (1975), 1.

Den Schwerpunkt der Arbeit wird das Einheitsrecht bilden, das durch organisierte Erarbeitung entstanden ist und dessen Anwendung verbindlich ist, sobald es in den einzelnen Staaten in Kraft getreten ist (formelle organisierte Rechtsharmonisierung). Nur am Rande behandelt werden Regelungen, die durch Rezeption angeglichenes oder vereinheitlichtes Recht darstellen. Ebenso weitgehend ausgenommen ist das im internationalen Handel verbreitete Klauselrecht (Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, Formulare und Klauseln i.e.S.).¹⁷

II. „Einheitliche Auslegung“

Auslegungsfragen sind komplexer Natur. Es gibt selten ein Richtig oder Falsch. Die Auslegung ist kein rein mechanischer Vorgang, sondern beinhaltet vielmehr ein schöpferisches Element,¹⁸ das der Nachprüfbarkeit nur bedingt zugänglich ist. Sie gestattet einen gewissen Spielraum, und findet sich daher im Grenzbereich zwischen Wissenschaft und Kunst.¹⁹ Auch sind Schwierigkeiten bei der Auslegung kein spezifisch juristisches, sondern ein allgemein hermeneutisches Problem.²⁰ Die Auslegung hängt eng zusammen mit der Anwendung²¹ und der Lückenfüllung²². Bei der Anwendung Internationalen Einheitsrechts wird ein konkreter Sachverhalt unter eine abstrakte einheitsrechtliche Regelung subsumiert. Der Rechtsanwender ist bemüht, die Regelung zu verstehen. Erscheint der Text der Regelung klar, so kann die betreffende Norm angewandt werden. Es bedarf keiner weiteren Auslegung. Aufgrund der Abstraktheit juristischer Regelungen ist deren Unklarheit allerdings sehr wahrscheinlich und damit eine Auslegung unerlässlich. Recht auszulegen heißt also, in einem konkreten

¹⁷ Siehe hierzu *Kropholler*, Internationales Einheitsrecht (1975), 119 ff.

¹⁸ *Köck*, Vertragsinterpretation und Vertragsrechtskonvention (1976), 25.

¹⁹ *Karl*, Die spätere Praxis im Rahmen eines dynamischen Vertragsbegriffs, in: *Bieber* (1987), 81 (81/82).

²⁰ *Köck*, Vertragsinterpretation und Vertragsrechtskonvention (1976), 68.

²¹ Zur Unterscheidung in Frankreich zwischen der Anwendung einer Regelung und der Kompetenz zu deren Auslegung siehe *Mosler*, L'Application du Droit International Public par les Tribunaux Nationaux, Rec. des cours 91 (1957) 625 (670 ff.); *de la Rochère*, France, in: *Jacobs/Roberts* (1987), 39 (48 ff.). Bis zu einer 1991 erfolgten Rechtsprechungsänderung des Conseil d'Etat war die Auslegung internationaler Verträge ausschließlich dem Außenministerium vorbehalten und den Gerichten nur deren Anwendung erlaubt (vgl. auch *M. Schmidt*, Privatrechtsangleichende EU-Richtlinien und nationale Auslegungsmethoden, *RabelsZ* 59 [1995] 569 [593]).

²² Näher zur Unterscheidung zwischen Auslegung und Lückenfüllung siehe *Burkart*, Interpretatives Zusammenwirken von CISG und UNIDROIT Principles (2000), 104 f.

Fall einem unklaren Text seine angemessene Bedeutung zuzuschreiben.

Von der Auslegung ist die Lückenfüllung zu unterscheiden. Eine Lücke liegt vor, wenn eine Streitigkeit nach den bereits interpretierten Regelungen nicht beurteilt werden kann, aber dennoch einer rechtlichen Beurteilung bedarf.²³ Canaris spricht von einer „planwidrigen Unvollständigkeit“.²⁴ Diese kann unter bestimmten Umständen vom Richter ausgefüllt werden. Nicht um Lücken handelt es sich allerdings, wenn ein rechtlicher Bereich grundsätzlich aus dem sachlichen Anwendungsbereich eines einheitsrechtlichen Regelwerks ausgenommen ist. Die Problematik, wer zur Lückenfüllung befugt ist, wie diese stattzufinden hat und welche Hilfsmittel dafür zur Verfügung stehen, ist vergleichbar mit der der Auslegung. Die Grenze zwischen teleologischer Auslegung und Lückenfüllung ist fließend. Beide unterscheiden sich nur graduell.²⁵ Die Lückenfüllung wird daher im Folgenden als besondere Form der Auslegung betrachtet und in die Untersuchung miteinbezogen.

Hinsichtlich des Ziels der Einheitlichkeit der Auslegung ist zu beachten, dass eine hundertprozentige Einheitlichkeit im mathematischen Sinne nicht erreicht werden kann. Selbst innerhalb einer (nationalen) Jurisdiktion wird dieses Ideal regelmäßig nicht erreicht. Die Bemühungen sollten aber – unabhängig davon, ob Regelungen rein nationalen oder internationalen Ursprungs ausgelegt werden – darauf gerichtet sein, sich diesem Ziel so weit wie möglich zu nähern.

C. Aufbau und Ziel der Untersuchung

Zur Ermittlung der Wege hin zu einer möglichst einheitlichen Auslegung Internationalen Einheitsrechts werden im Ersten und Zweiten Kapitel der Arbeit zunächst die Grundlagen des Internationalen Einheitsrechts und dessen Auslegung dargestellt. Dies sind die Anfänge der Internationalen Rechtsharmonisierung (§ 1), die verschiedenen Arten Internationaler Rechtsharmonisierung (§ 2) und die Instrumente, derer sich die organisierte Internationale Rechtsharmonisierung bedient (§ 3). Im Anschluss daran wird kurz dargelegt, wer zur Auslegung von Internationalem Einheitsrecht befugt ist (§ 4) und welche Methoden hierfür herangezogen werden können (§ 5).

²³ *Bydlinski*, Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff (1982), 473.

²⁴ *Canaris*, Die Feststellung von Lücken im Gesetz (1983), 16.

²⁵ *Zweigert*, Rechtsvergleichung als universale Interpretationsmethode, *RabelsZ* 15 (1949/50) 5 (10).

Das Dritte Kapitel beschreibt die Hilfsmittel und Verfahren, die gegenwärtig zur Sicherung der einheitlichen oder nachträglicher Korrektur uneinheitlicher Auslegung auf regionaler (§ 6) und auf globaler Ebene (§ 7) angewandt werden.

Im Vierten Kapitel wird nach den Gründen für eine uneinheitliche Auslegung gefragt. Welche Umstände erschweren eine einheitliche Auslegung? Auf dieser Grundlage werden Verbesserungsvorschläge für die Zukunft unterbreitet. Hierbei wird der Weg des Internationalen Einheitsrechts vom Verhandlungstisch auf internationaler Ebene (§ 8) über die Ebene der nationalen Gesetzgeber (§ 9) bis zur Anwendung und Auslegung durch die nationalen Gerichte und Behörden (§ 10) verfolgt.

Ziel der Arbeit ist es, auf der Grundlage einer Darstellung des gegenwärtigen Stands der Auslegungsmechanismen, durch eine lückenlose Nachverfolgung des Wegs des Internationalen Einheitsrechts – von seiner Entstehung an, über seine Umsetzung bis zu seiner Anwendung – die Ursachen für eine spätere uneinheitliche Auslegung zu erkennen und hieraus Vorschläge für eine verstärkte Förderung der Einheitlichkeit zu entwickeln.

Erstes Kapitel:

Grundlagen des Internationalen Einheitsrechts

§ 1 Anfänge der internationalen Rechtsharmonisierung

Die Internationale Rechtsharmonisierung ist ein modernes Phänomen. Nach Jahrhunderten der Rechtsvereinheitlichung auf nationaler Ebene²⁶ wendet sich der Blick der Nationalstaaten hin zur internationalen Gemeinschaft. Die ersten Schritte der modernen internationalen Rechtsharmonisierung sind Mitte des 19. Jahrhunderts zu verzeichnen. Im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert erreichte sie zuvor ungeahnte Dimensionen. Vor allem die zunehmende Globalisierung bleibt nicht ohne Einfluss auf die nationalen Rechtssysteme. Diese waren anfänglich nur wenig ausgerichtet auf die Besonderheiten grenzüberschreitender Sachverhalte. Daher bemühen sich die Staaten bereits seit knapp 150 Jahren auf verschiedenen Ebenen, ihre Rechtssysteme einander anzugleichen.

A. Harmonisierung ganzer Rechtsgebiete

Zu Beginn der modernen internationalen Rechtsharmonisierung, Mitte des 19. Jahrhunderts, wurden sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene ehrgeizige Ziele gesetzt und die Vereinheitlichung ganzer Rechtsgebiete angestrebt.

I. Einheitliches Handelsrecht

Der erste Versuch einer weltweiten Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiet des Handelsrechts fand im Jahre 1851 statt, als Levi den Entwurf eines „national and international code of commerce among all ci-

²⁶ Zur nationalen Rechtsvereinheitlichung Mitte des 18. bis Anfang des 20. Jahrhunderts in Bayern, Preußen, Frankreich, Österreich, dem Deutschen Bund, dem Deutschen Reich und der Schweiz siehe *Keigel*, Sinn und Grenzen der Rechtsangleichung, in: *Cars- tens/Börner* (1971), 9 (14 ff.).

vilised nations“ erarbeitete.²⁷ Levi – seiner Zeit wohl voraus – konnte für seinen Entwurf nicht die erforderliche Unterstützung gewinnen.²⁸ 1878 versuchte sich der Congrès international du commerce et de l'industrie an der Schaffung eines internationalen Codex für das gesamte Gebiet des Handelsrechts.²⁹ Auch dieser Versuch blieb erfolglos.

II. Einheitliches Internationales Privatrecht

Ausgangspunkt von Bestrebungen, das Internationale Privatrecht so weit wie möglich zu vereinheitlichen, war im Jahre 1865 das Inkrafttreten des italienischen Codice Civile, der für die damalige Zeit moderne international-privatrechtliche Regelungen enthielt.³⁰ Der spätere italienische Justiz- und Außenminister Mancini³¹ trat seit 1867 für den Abschluss von internationalen Staatsverträgen auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts ein, um durch eine umfassende einheitliche Regelung des Kollisionsrechts den internationalen Entscheidungseinklang zu fördern.³² Trotz seines großen Einsatzes konnte Mancini sein Vorhaben bis zu seinem Tod 1888 nicht zu Ende bringen.³³

Im Jahre 1874 luden die Niederlande erstmals mehrere Staaten dazu ein, die Regelungen zur internationalen Urteilsanerkennung zu verein-

²⁷ Gutteridge, *Comparative Law* (1949), 146.

²⁸ Gutteridge, *Comparative Law* (1949), 146.

²⁹ Siehe Nippold, *Internationale Rechtseinheit*, BIVergIRW 1906, 66 (69) m.w.Nachw. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts brachte Schmitthoff bisher vergeblich diesen Gedanken wieder auf, indem er dazu aufrief einen „world code of international trade law“ zu schaffen, der mit der Zeit bereits bestehendes und künftiges handelsrechtliches Einheitsrecht in einem Werk zusammenfassen sollte (Schmitthoff, *Commercial Law in a Changing Economic Climate* [1981], 29 ff. Kritisch hierzu Bonnell, *Do We Need a Global Commercial Code?*, ULR 2000, 469 ff.).

³⁰ Schack, *Hundert Jahre Haager Konferenz für IPR*, *RabelsZ* 57 (1993) 224 (226).

³¹ Zur Person Mancinis siehe Jayme, *Pasquale Stanislao Mancini* (1980).

³² Mancini, *De l'utilité de rendre obligatoires pour tous les Etats, sous la forme d'un ou de plusieurs traités internationaux, un certain nombre de règles générales du Droit international privé, pour assurer la décision uniforme des conflits entre les différentes législations civiles et criminelles*, Vortrag vom 31. August 1874, *J.D.I.* 1 (1874) 221 ff. und 285 ff. Siehe auch *Négotiations diplomatiques du Gouvernement italien avec les différentes Puissances relativement à la fixation par traité de certaines règles de droit international privé et à l'exécution des jugements étrangers*, *J.D.I.* 13 (1886) 35 ff.

³³ Zu den Bemühungen Mancinis siehe Kahn, *Abhandlungen zum internationalen Privatrecht*, Band 2 (1928), 11 ff.

Register

- Acta Apostolicae Sedis 195
Actas y Documentos de la Conferencia Espacializada Interamericana sobre Derecho Internacional Privado 124
Acte
– ~ clair-Doktrin 62
– ~ éclairé-Doktrin 62
Adoption 99, 115, 121, 123, 149, 169, 245
Ägäis-Urteil 40
Ägypten 140
Akademie für Rechtsvergleichung 266
Allgemeine Deutsche Wechselordnung 23, 144
Allverantwortlichkeitsgrundsatz 51
American
– ~ Bar Association (ABA) 127
– ~ Law Institute (ALI) 127, 132, 173
Amsterdamer Vertrag 49, 71, 81
Amtsgericht 60, 234, 271
Angola 140
animus unificandi 14
Apostolische
– ~ Konstitution Pastor Bonus 193
– ~ Signatur 194
Äquatorialguinea 135
Argentinien 11 f., 119, 163, 255
Armenien 246, 254
ASSER Institut 162, 171
Äthiopien 140
Aufenthalt 102 f.
– ~ gewöhnlicher 213
Ausbildung 18, 135, 195 f., 261 ff.
Auslegung
– dynamische ~ 29, 40
– evolutive ~ 35, 40 f., 210, 218, 240, 276
– gemeinschaftsrechtskonforme ~ 26, 43, 51, 79
– genetische ~ 35 f., 40, 49, 95, 159, 217 f., 275 f.
– grammatische ~ 33 ff., 49, 51, 198, 217, 276
– historische ~ 33, 35
– konventionsübergreifende ~ 36, 41 f., 79, 215, 275
– rechtsvergleichende ~ 25, 28, 38 ff., 42, 78/79, 83, 118, 148, 160 f., 185, 211, 219 f., 222 ff., 252, 268 ff., 275 f.
– richtlinienkonforme ~ 43, 51 f., 55
– systematische ~ 33, 36, 42, 49, 213, 217, 275
– teleologische ~ 6, 33, 36 ff., 42, 49, 213, 217, 275
– vertragsautonome ~ 37, 211, 275
– ~skanon 33
Australien 163, 249
avis consultatif 110
bar exam 266
Bayerisches Oberstes Landesgericht 60
Belgien 60, 69, 74, 106, 110, 153, 163, 246, 255
Benelux-
– ~ Gerichtshof 108 ff., 226
– ~Staaten 106 ff.
– ~Studienkommission für Rechtsvereinheitlichung 106 ff.
Benin 135
Bolivien 11, 119
Boll (siehe Fall Boll)
Brasilien 246, 254

- Brüssel
- ~ I-Übereinkommen (GVÜ) 53, 56 ff., 74 ff., 79, 81, 83 ff., 226, 228 f., 232, 234 f., 276
 - ~ I-Verordnung (GVO) 46,
 - ~ II- Verordnung, 46
- Bulgarien 246, 255
- Bulle Sapienti Consilio 193
- Bundesarbeitsgericht (BAG) 59
- Bundesgerichtshof (BGH) 59, 61, 67, 249
- Bundesministerium der Justiz 96, 218, 273
- Bundesoberhandelsgericht 144
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 59, 64, 166 f., 232
- Burgerlijk Wetboek 18
- Burkina Faso 135
- Burundi 140
- C.I.L.F.I.T.-Entscheidung 52
- Case Law on UNCITRAL Texts (CLOUT) 183 ff.
- CELEX 51, 68 f.
- Centre for Comparative and Foreign Studies 177
- Charta der Vereinten Nationen 202
- CIDIP (siehe Interamerikanische Spezialkonferenz für Internationales Privatrecht)
- CLOUT (siehe Case Law on UNCITRAL Texts)
- Code Civil 18
- Codex Juris Canonici Papst Pius' XI. 193
- Codice Civile 10
- Código Bustamante 119 f.
- Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) 19, 25, 28, 32, 140 ff., 197, 201, 240, 352, 276
- Comoren 140
- Congrès international du commerce et de l'industrie 10
- Costa Rica 120, 255
- da mihi factum 238
- Dänemark 46 f., 56, 69, 111 f., 153, 156, 249, 258
- de vises panel 114
- Denkschrift 80, 218
- Deutsche Richterakademie 263
- Deutschland 11, 59 f., 63, 67, 69, 72 f., 75 f., 78, 80, 84, 96, 144 ff., 153, 163, 172, 203, 209 f., 218 f., 232 f., 260, 262, 268, 271 ff. 248, 257
- Djibouti 140
- drafting-Richtlinien (Europarat) 102 ff.
- DSB (siehe unter WTO)
- dualistischer Ansatz 28, 32, 152, 247 ff.
- Effet utile 43, 51
- EFTA-
- ~Gerichtshof 86 f.
- Einheit im Geiste 265, 269
- einheitlicher Begriffsapparat 102, 106, 213 ff.
- Einheits-
- ~gesetze 22, 107, 126
 - ~rahmenrecht 4, 25, 47
- Elfenbeinküste 135
- Entwicklungsländer 189, 231
- Entwurf
- ~ für ein internationales Übereinkommen zur Einführung des Europäischen Gesetzbuchs über das Internationale Privatrecht 12
 - ~ Entwurf zu einem europäischen Gesetzbuch über das Internationale Privatrecht 12
- Eritrea 140
- Erläuternde Bemerkungen zur Regierungsvorlage (Österreich) 218/219
- Estland 153, 255
- EU (siehe Europäische Union)
- Eur-lex 51, 68
- Europäische
- ~ Gemeinschaft (EG) 19, 25,

- 28, 43, 44 ff., 141, 197, 201,
213, 215 f., 225, 228, 234,
240, 253, 276
- ~ Richterakademie 263, 267
 - ~s Oberhandelsgericht 226
- Europarat 99 ff., 201, 213,
European Treaty Series 100
EVÜ (siehe Rom I-Übereinkom-
men)
- EWK-Abkommen 86 f.
Fall Boll 155, 168, 227
Finnland 70, 111, 153, 204, 249,
258
Fothergill v. Monarch Airlines 37
Frankenstein 12
Frankreich 5, 9, 11, 69, 145, 153,
156, 163, 246, 255, 266, 270
Friedenspalast 110
Gabun 135
GATT 185 f., 188 f., 191
Generalbundesanwalt 67
Generalklausel 205
Genfer
- ~ Abkommen 14
 - ~ Einheitliches Wechsel- und
Scheckrecht 144 ff., 201
- Geschäftsverteilung 272 f.
Globalisierung 1, 9
Griechenland 70, 163, 255
Großbritannien 153
Groupe européenne de droit inter-
national privé (GEDIP) 236
Grundsatz des gesetzlichen Rich-
ters 63, 232
Guatemala 120 f.
Guinea 135
Guinea-Bissau 135
GVÜ (siehe Brüssel I-Überein-
kommen)
- Haager
- ~ Akademie für Internationa-
les Recht 266
 - ~ Protokoll 37
- Haager Konferenz 11, 121, 148
ff., 177, 216, 220, 222 ff.,
227, 233, 236, 242 f., 267 f.
- ~, Actes et documents 159,
164, 171, 177, 220
 - ~, Bibliographie 162, 171,
224
 - ~, Expertenkomitee 170, 236
 - ~, Fünfte 150
 - ~, Handbücher 160, 171
 - ~, procès verbaux 159
 - ~, Protokoll 1931, 152 ff.,
173, 227, 233, 276
 - ~, Richterseminare 163 f.,
166, 171, 243
 - ~, Sechste 151 f.
 - ~, Spezialkommission zur
praktischen Durchführung
160, 164 f., 171, 223
 - ~, Ständiges Büro 160 f., 163,
165 ff., 170, 233, 236
 - ~en für Internationales Privat-
recht 11, 121, 148
- Hamburger Regeln 179, 181, 183
Handelsbräuche 16
Heimwärtsstreben 2, 264
Helsinki-Vertrag 111 ff.
House of Lords 37
Indien 249
Inkorporation 83, 247, 249, 276
Inkorporierung 72 f., 75, 145 f.,
248
Inter-American Juridical Com-
mittee 121 f.
Interamerikanische Spezialkonfe-
renz für Internationales Privat-
recht (CIDIP) 121 ff., 201
International
- ~ Child Abduction Database
(INCADAT) 161 ff., 171,
222
 - ~ Law Association 23
 - ~ Legal Materials (ILM) 164
 - ~ Handelskammer 163, 228
 - ~ Zivilluftfahrtorganisation
(ICAO) 172
 - ~er Entscheidungseinklang 2,
10 f., 204, 235, 275

- ~er Gerichtshof (IGH) 40 f., 87, 154 f., 168, 170, 173 f., 227, 269, 276
- ~er Schiedsgerichtshof 228
- ~er Seegerichtshof 228
- Interparlamentarischer Rat 107
- Island 111
- Israel 163, 249
- Italien 10, 18, 153, 163, 248, 257, 260, 264, 273
 - ~ische Verfassung 232
- iura novit curia 238
- Ius Commune 195, 264 f., 268
- Japan 163, 246
- Jurisprudence de Droit Uniforme/Uniform Law Cases 147
- Juristisches Staatsexamen 262 f.
- Justiz
 - ~behörden 223, 243, 271, 279
 - ~ministerium 107, 110, 112, 166, 218, 221, 273
 - ~monopol 238
- Kamerun 135
- Kanada 204, 249
- Kanzler
 - ~ des Benelux-GH 110
 - ~ des EuGH 66 f., 96
- Kasachstan 246, 256
- Katholische Kirche 192 ff., 276
- Kenia 140
- Klage im Interesse des Gesetzes 66
- Klauselrecht 5
- Kolumbien 119
- Komoren 135
- Konferenz von Montevideo 11
- Kongo 135, 140
- Konsultationslösung, -modell 236, 238 f., 242
- Kultur 2, 83, 111, 119, 226, 269
- Landgericht 60, 234, 271
- Lando-principles 16, 24
- Lassen 112
- Latein 199, 201, 207, 265
 - ~-amerikanische Staaten 12, 119 ff.
- Levi 9 f.
- Lex
 - ~ posterior-Grundsatz 256 f.
 - ~ propria Sacrae Romanae Rotae et Signaturae Apostolicae 193 f.
 - ~ specialis derogat legi generali 257
- LEXIS/NEXIS 128
- Lücke 6, 22, 206
 - ~nfüllung 5 f., 177
- Luganer Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen 71, 83 ff., 202, 211, 229, 242
- Madagaskar 140
- Malawi 140
- Mali 135
- Mancini 10
- Mauritius 140
- Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 185
- Mexico 12, 121, 246, 258
- monistischer Ansatz 245, 248, 254
- Mustergesetze 22, 131
- Muttersprache 200, 209
- Nachschlagwerk der Rechtsprechung zum Gemeinschaftsrecht, Serie D 69
- Namibia 140
 - ~ Urteil 40 f.
- National
 - ~ Association of Insurance Commissioners 131
 - ~ Conference of Commissioners on Uniform State Laws (NCCUSL) 127 ff.
- Neuseeland 163, 249
- Niederlande 10, 60, 69, 106, 110, 145, 153, 246, 254
- Niger 135
- Nigeria 249/250
- Nordische
 - ~ Juristentage 112, 118

- ~ Staaten 111 ff.
- ~r Kooperationsminister 113
- ~r Ministerrat 113
- ~r Rat 112
- Nordisk Domssamling 117
- Normenhierarchie 253
- Norwegen 111 f., 153, 250, 258
- Oberlandesgericht 60, 166
- OHADA 19, 32, 134 ff., 201, 216, 225, 231, 233, 242, 253, 268, 276
- ~ Gerichtshof 137 f., 231
- Organisation
 - ~ Amerikanischer Staaten 121 ff.
 - ~ für den Internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) 172
- Österreich 9, 18, 70, 153, 163, 172, 203 f., 209, 218, 248, 256, 261, 263, 270, 273
- Pace University 183 f.
- Pakistan 250
- Panama 120 f.
- Panamerikanische Konferenz, Sechste 120
- Papst Johannes Paul II. 194
- Papst Pius XII. 194
- Päpstliche Kommission zur authentischen Interpretation des Codex des kanonischen Recht 194 f.
- Paraguay 11, 119
- Parallelgesetzgebung 23, 0114
- Pariser Verbandsübereinkunft 13
- Parteifähigkeit 193
- Permanent Editorial Board (PEB) 131
- persuasive
 - ~ authority 133
 - ~ precedent 93
- Peru 11
- Polen 23, 246, 256
- Portugal 70, 153, 163, 256
- pourvoi dans l'intérêt de la loi 66
- Präferentielle Freihandelszone (PTA) 141
- Präklusion 61
- Principles of International Commercial Contracts 173, 177 f.
- Promulgation 2445, 248
- Ratifikation 20, 68, 74, 149, 153, 165, 241, 246, 248, 277
- ratio conventionis 204, 257
- Rechts
 - ~sicherheit 2, 42, 68, 135, 193, 235, 239, 274
 - ~vergleichung 38, 261 f., 270
 - ~wegerschöpfung 152, 234
- Recueil des conventions/Collection of Conventions 156
- Regionale Richterhochschule 135, 139, 242
- Reichsoberhandelsgericht 144
- Revisionsinstanz 12, 137, 140, 231
- Rezeption 5, 18
- Rheinstein 261
- Rom
 - ~ I-Übereinkommen (EVÜ) 72 ff.,
 - ~ II-Übereinkommen 82
 - ~ III-Übereinkommen 82
 - ~ I-Verordnung 82
- Rota Romana 192 ff., 231, 268, 276
- ~, Juristenausbildung 195 f.
- Ruanda 140
- Rumänien 153, 248
- Russland 18, 181, 200, 246, 256
- S. Romanae Rotae decisiones seu sententiae puae iuxta Legem Propriam et Const. „Sapientis Consilio“ Pii PP. X. prodierunt anno 1909 cura eiusdem S. Tribunalis editae cum praefatione a reverendissimo Legationis Decano exarata de veterum decisionum natura et origine earumque collectionibus 195
- Sacra Poenitentia 193
- Sale of Goods Act 18

- Sambia 140
 Sammlung
 – ~ der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz 54 f.
 – ~ von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und der obersten Gerichte der Mitgliedsstaaten betreffend das Lugano-Abkommen 96
 Savigny 33, 264
 Schlussanträge des Generalanwalts 59, 64, 96, 219
 Schweden 70, 111 f., 153, 155 f., 163, 250, 258
 Schweiz 9, 145, 153, 163, 172, 203 f., 246, 256
 – ~er Bundesrat 97 f.
 – ~er Institut für Rechtsvergleichung 95
 Senegal 135
 Serie sobre tratados 123
 Seychellen 140
 Signatura Apostolica 193 f.
 Simbabwe 140
 Skandinavische Staaten (siehe Nordische Staaten)
 Slowenien 246, 256
 Spanien 70, 153, 163, 246, 256
 Sprachenkommission 203
 Standard
 – ~bedingungen 16
 – ~klauseln 16
 – ~verträge 16
 Ständiger Internationaler Gerichtshof (StIGH) 151 f., 154
 stare decisis 39, 235
 Studienkommission der Internationalen Vereinigung der Richter 225
 Sub-Committee on the Uniform Interpretation of European Treaties (Europarat) 101
 Südafrika 204, 250, 258
 Südamerikanischer Kongress, Zweiter 120
 Sudan 140
 Superrevisionsinstanz 32
 Swaziland 140
 Tadschikistan 246, 256
 Telekommunikation 210
 The Judges' Newsletter/La lettre des juges 163
 Togo 135
 Transaktionskosten 1
 Transformation 73, 218, 238, 245 ff., 251 ff.
 Trennungs- und Abstraktionsprinzip 210
 Tschad 135
 Uganda 140
 unbestimmter Rechtsbegriff 205
 UNCITRAL 27, 147, 179 ff., 201, 216, 233, 236
 – ~ Jahrbuch 183
 – ~ Sekretariat 183
 – ~, Official Records of the United Nations Conference on Contracts for the International Sale of Goods 183
 Ungarn 153, 256
 UNIDROIT 16, 23, 29, 147 f., 171 ff., 201, 211, 216, 233, 236
 – ~, Actes et documents 177
 – ~, Jahrbücher 178
 – ~, Proceedings and Papers, 177
 – ~, Sekretariat 183, 233
 – ~ Law Review 147, 174, 177 f.
 Uniform
 – ~ Child-Custody Jurisdiction and Enforcement Act 129
 – ~ Commercial Code (UCC) 126, 129, 131, 211
 – ~ Law Annotated 128
 UNILEX 177
 Universität
 – ~ Basel 184
 – ~ Bologna 264
 – ~ Freiburg i.Br. 184

- ~ Saarbrücken 184
- University of Pennsylvania Law School 128 f.
- UNO 183, 200 f.
- Urentwurf 202
- Uruguay 11, 119, 258
- ~-Runde 185 f.
- US Supreme Court 60, 127, 134
- USA 24, 33, 125 ff., 134, 163, 265, 267
- venire contra factum proprium 250
- Vereinigte
 - ~ Staaten von Amerika (siehe USA)
 - ~s Königreich 69, 163, 250, 258
- Vereinigung zur vergleichenden Erforschung des belgischen und niederländischen Rechts 107, 110
- Vereinte Nationen 150, 167, 179, 200, 202
- Verfahrens-
 - ~dauer 239
 - ~verschleppung 193
 - ~verzögerung 51
- Verfassungsbeschwerde 64, 166
- Verschleppungsabsicht 61, 234
- Verträge von Montevideo 11, 119 f.
- Vorhersehbarkeit 2, 42, 235, 239
- Warschauer Abkommen 13, 37
- Welt-
 - ~gerichtshof 230
 - ~gerichtshofsmodell 230
 - ~privatrecht 13
- wertende Rechtsvergleichung 38
- Westlaw 128
- Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVK) 20 ff., 34 ff., 89 f., 213, 217
- Wohnsitz 68, 88, 102 f., 119 f. 213
- WTO 184 ff.
 - ~, Allgemeiner Rat 187
 - ~, Dispute Settlement Body (DSB) 187 ff.
 - ~, Generalsekretär 189
 - ~, Konsultationsverfahren 188
 - ~, Prinzip des umgekehrtes Konsens 189, 191 ff.
 - ~, Standing Appellate Body (SAB) 188, 191 f.
 - ~, Working Procedures for Appellate Review 186, 190 ff.
 - ~-Streitbelegungsverfahren 185 ff., 236 f.
- Zentralafrikanische Republik 135
- Zitelmann 2, 13, 226
- Zustimmungsgesetz 75, 247 f.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H.*
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drappatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.

- Eichholz, Stephanie:* Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90.*
- Eisele, Ursula S.:* Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121.*
- Eisenhauer, Martin:* Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59.*
- Eschbach, Sigrid:* Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56.*
- Faust, Florian:* Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50.*
- Fenge, Anja:* Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88.*
- Fetsch, Johannes:* Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91.*
- Fischer-Zernin, Cornelius:* Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15.*
- Förster, Christian:* Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101.*
- Forkert, Meinhard:* Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118.*
- Freitag, Robert:* Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83.*
- Fricke, Martin:* Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32.*
- Fricke, Verena:* Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110.*
- Frösche, Tobias:* Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49.*
- Fromholzer, Ferdinand:* Consideration. 1997. *Band 57.*
- Ganssaugue, Niklas:* Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126.*
- Godl, Gabriele:* Notarhaftung im Vergleich. *Band 85.*
- Gottwald, Walther:* Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5.*
- Graf, Ulrike:* Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003. *Band 113.*
- Grigera Naón, Horacio A.:* Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28.*
- Grolimund, Pascal:* Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80.*
- Hahn, H. u.a.:* Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*
- Hartenstein, Olaf:* Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*
- Hein, Jan von:* Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*
- Hellmich, Stefanie:* Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*
- Hellwege, Phillip:* Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130.*
- Hinden, Michael von:* Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
- Hippel, Thomas von:* Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78.*
- Janssen, Helmut:* Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*

- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopolou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kern, Christoph*: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Klauer, Stefan*: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99*.
- Kleinschmidt, Jens*: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87*.
- Köhler, Martin*: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linhart, Karin*: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Lohmann, Arnd*: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. *Band 119*.
- Lorenz, Verena*: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140*.
- Lücke, Stephan*: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Melin, Patrick*: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.

- Neunhoffer, Friederike*: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106*.
- Pattloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pißler, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Rothoefst, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122*.
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123*.
- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
- Schärfl, Christoph*: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Sieghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Siehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.

- Stegmann, Oliver*: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Tassikas, Apostolos*: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114*.
- Thiele, Christian*: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Trulsen, Marion*: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Verse, Dirk A.*: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72*.
- Wahler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4*.
- Band 2. 1983. *Band 9*.
- Band 3. 1990. *Band 25*.
- Band 4. 1990. *Band 26*.
- Band 5. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Witzleb, Normann*: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94*.
- Wu, Jiin Yu*: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71*.
- Wurmnest, Wolfgang*: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102*.
–: siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian*: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108*.
- Ziegert, K.A.*: siehe *Plett, K.*

